

**Quelle: Die Zeit**

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK, MEINUNG ZEITGEIST

## Bonus-Schelte ...

### MEINUNG ZEITGEIST

#### ist Ersatzhandlung, meint Josef Joffe. Zocken ohne Risiko ist das Problem \*Josef Joffe\*

Die Boni waren nicht die Bombe, die vor Jahresfrist das Haus Lehman zerlegte und die Panik 08 auslöste. Neben den Zentralbanken, welche die Welt mit Billig-Geld fluteten, waren die Hauptschuldigen die neuen Finanzinstrumente, die ihre Erfinder, die jugendlichen Mathe-Genies im Hinterzimmer, noch durchschauten, aber nicht mehr die Verkäufer oder staatlichen Wachhunde.

Ganz schlicht lief die Sache so: Ein Makler vermittelt eine Hypothek, egal, ob der Schuldner sie bedienen oder gar zurückzahlen kann. Denn er schiebt das Ding gleich weiter an eine Bank - und kassiert eine Provision. Die Bank verpackt die Risiken in ein goldgerändertes Wertpapier und verkauft es sofort an Investoren - wieder mit Aufschlag. Die Käufer greifen erfreut zu, weil auf dem Papier ein AAA-Stempel der Rating-Agentur steht, die für ihren Segen ebenfalls ein Entgelt verbucht. Eine Art Schneeballsystem, aber völlig legal.

Für den Stanford-Ökonomen Roger Noll ist das ein perverses Spiel, das unweigerlich Finanzkrisen erzeugt. Getrieben wird es von »hoher, kurzfristiger Gewinnwahrscheinlichkeit«, die das

»ebenso hohe langfristige Verlustrisiko« systematisch verdrängt. Warum? Weil die cleveren Spieler nie verlieren - es gibt nur Boni, keine Malus. Dieses Roulette muss im Casino noch erfunden werden. Gebissen wird der Letzte - der Steuerzahler.

Die G20 wollen auf dem Pittsburgh-Gipfel am Monatsende »strengere Regeln« für Prämien festlegen. Ein Hauch von Ersatzhandlung liegt über dem Projekt, obwohl manche Boni, wie die 98 Millionen Dollar für einen Citi-Trader, wirklich obszön sind. Erfolg soll schon belohnt werden. In Wahrheit geht es um all die falschen Anreize, die den Schneeball beschleunigt haben. Ganz simpel: Wo die Belohnung astronomisch ist, darf die Bestrafung nicht gleich null sein. Die Reform muss so sein, dass sie exzessives Risikoverhalten abschreckt, bevor der Steuerzahler nach dem Prinzip »too big to fail« die Rechnung präsentiert kriegt.

Wo die Folgen für die Gesellschaft ebenfalls exzessiv sind, hat der Staat sehr wohl das Recht zum Eingriff. Bloß wie? Boni kappen? Warum nicht auch die Einkommen von Film- und Fußballstars? Warum nicht auch Preise deckeln, die wir

als obszön empfinden? Und schon sind wir in der Planwirtschaft. Nein, die Strafen müssen wirken, wo sie hingehören, also bei den Finanzartisten. Warum nicht Boni in Form von Risikopapieren auszahlen, wie es die Crédit Suisse nach der Devise tut: »Wer die Suppe einbrockt, muss sie auch auslöffeln«? Oder Boni gehen auf ein Treuhandkonto; eingelöst werden sie erst nach x Jahren, falls die Bilanz dann immer noch stimmt.

Damit nicht den Letzten die Hunde beißen, rät der Washingtoner Ökonom Irving Stelzer, soll jedes Institut für eine Portion der Darlehen geradestehen, die es weitergeschoben hat. Überdies gehören die Rating-Agenturen an den Kanthaken: Sie werden - welche köstliche Gemeinheit - just mit jenen Titeln teilentlohnt, denen sie den Gütesiegel aufgedrückt haben.

Das Risiko gehört platziert, wo es angerührt wird; wo hohe Gewinne winken, muss auch Strafe für kriminellen Leichtsin dräuen. Den Steuerzahler darf nur der Staat melken.